kann ich auch»

ner nicht gleichberechtigt sind. Wir sollten erst mehr bekommen, bevor wir mehr geben müssen.

Im Norden herrscht bei Wehrpflicht Gleichstellung

Die jungen Frauen debattieren in einer Zeit, in der der Norden Europas tatsächlich bereits einen Schritt weiter gegangen ist: Nach Schweden und Norwegen hat nun auch Dänemark die «vollständige Gleichstellung bei der Wehrpflicht» eingeführt. Für Frauen gelten ab 2026 exakt dieselben Regeln wie für Männer.

Der dänische Verteidigungsminister Troels Lund Poulsen begründete dies in der internationalen Presse mit der derzeitigen Sicherheitslage. Sie ist aufgrund der Nähe zu Russland besonders angespannt. «Wir müssen mehr Menschen rekrutieren.» Zudem sei es ein wichtiger Schritt, um die volle Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen.

Um Gleichstellung geht es auch Aspirantin Laurine Frauchiger in der Panzer- und Artillerie-Offiziersschule Nummer 22. Sie sitzt unterdessen im geparkten Mannschaftstransporter – einem Duro –, während ihre Kollegen weiter Strategien gegen den unsichtbaren Gegner entwickeln. «Ich will in allen Bereichen des Lebens gleichgestellt sein.»

Wie aber geht das, wenn Frauen vielerorts noch immer weniger verdienen als Männer? «Lohngleichheit ist ein Thema, das man absolut angehen muss», sagt Frauchiger. «Es ist aber kein Grund, festgeschriebene Ungleichheiten, wie die unterschiedliche Dienstpflicht, nicht anzupassen.» Sie meldete sich für den Militärdienst, um zu schauen, ob sie schafft, was sie selbst fordert.

Grenzerfahrungen habe es in den vergangenen Monaten durchaus gegeben. Auf einem Marsch sei nach 60 Kilometern noch immer kein Ende in Sicht gewesen. «Alle waren komplett am Ende, ich habe geweint.» Allein hätte sie es wohl nicht durchgezogen, so Frauchiger. «Dass der Zusammenhalt im Militär so speziell ist, das stimmt wirklich.»

Übergriffe sind im Militär weitverbreitet

Die erhoffte Kameradschaft hat Frauchiger gefunden. Allerdings hat auch sie erlebt, was gemäss einer von der Armee durchgeführten aktuellen Studie mehr als der Hälfte der Frauen im Militär widerfährt: «Ich habe leider eine schwierige Erfahrung mit einem Wachtmeister gemacht», sagt Frauchiger. Sie geht nicht näher auf den erlebten Übergriff ein, doch die Konsequenzen waren unmittelbar: Der Wachtmeister sei noch in derselben Woche entlassen worden.

Am weitesten verbreitet ist im Militär gemäss der Studie «verbale sexualisierte Gewalt». Darunter fallen sexistische Sprüche oder Belästigungen. Mehr als 10 Prozent erlebten auch körperliche sexuelle Gewalt. Die Frauen berichten von ungewollten Berührungen und Küssen – und in seltenen Fällen auch von Vergewaltigungen und versuchten Vergewaltigungen.

Die Gründe für die verbreitete Gewalt gegen Frauen sieht Laurine Frauchiger jedoch nicht beim Militär: «Solche Vorkommnisse passieren aufgrund gesellschaftlicher Probleme. Diese Männer werden nicht plötzlich in der Armee übergriffig.»

«Es sollte in Kitas und nicht in Krieg investiert werden»

Anders beurteilt die Situation die Berner SP-Nationalrätin Tamara Funiciello. «Im Militär gibt es Strukturen und Denkweisen, die solche Übergriffe begünstigen», sagt sie. Nachdem die Armee die Resultate der Studie im Oktober 2024 der Öffentlichkeit präsentiert hatte, stellte sie Forderungen, die in Militärkreisen Abwehrreaktionen auslösten. Etwa, dass die Armee 10 Prozent ihres Budgets für die Prävention gegen Übergriffe einsetzen sollte.

Der bereits vorgesehene Massnahmenplan geht Funiciello zu wenig weit. Er beinhaltet unter anderem ein anonymes Meldetool oder ein Modul, in dem Rekruten und Rekrutinnen einen Verhaltenskodex erarbeiten. Es reiche nicht, ein paarmal zu sagen, dass sexuelle Gewalt nicht gut sei, und ein Flipchart zu bemalen, so die Politikerin.

Die Armee sollte laut Funiciello mit Organisationen wie Männerfachstellen zusammenspannen und am Männlichkeitsbild der Rekruten arbeiten. «Das Gefährlichste für die Frauen in diesem Land sind nicht Panzerangriffe der Russen, sondern männliche Gewalt», sagt sie.

Dass die Armee im Sinne der Gleichstellung vermehrt Frauen rekrutieren will, stösst bei Tamara Funiciello auf Unverständnis. «Unsere Mütter und Grossmütter tun schon genug für die Gesellschaft», sagt sie. Die unbezahlte Care-Arbeit von Frauen habe einen monetären Wert von gut 240 Milliarden Franken im Jahr. Für mehr Gleichstellung will sie die Hebel anderswo ansetzen. «Es sollte in Kitas und nicht in Krieg investiert werden.»

Lange Wege bis zum Frauen-WC

Sollte sich die Armee jedoch tatsächlich so entwickeln, dass sie künftig weiblicher wird, stehen ihr einige Anpassungen bevor. In den ersten Wochen der RS konnte Laurine Frauchiger kaum rennen – viel zu gross war ihr die Uniform. Es gab für sie schlicht keine passende Grösse. Auch bis zum nächsten Frauen-WC sind die Wege in der Kaserne in Bière teilweise so lang, dass Frauchiger und ihre Kolleginnen auf die Männer-Anlagen ausweichen müssen.

Für Frauchiger stehen nun die nächsten Hürden an. In diesen Tagen absolviert sie den 100-Kilometer-Marsch, im Sommer wird sie als angehende Offizierin bis zu vierzig Menschen führen und Befehle erteilen. Wie weit sie ihre militärische Laufbahn fortsetzen will, kann die 19-Jährige noch nicht sagen. Klar ist für sie aber: «Kommt es wirklich zum Ernstfall, könnte ich nicht einfach Kartoffeln pflanzen, während mein Vater und mein Bruder einrücken müssen.»

Mitte-links will Tempo 30

Thuner Stadtrat: Verkehr Die Seestrasse in Thun soll auch nach der aktuellen Baustelle für den Durchgangsverkehr gesperrt bleiben. Das fordert eine Mehrheit des Stadtrats.

Die Seestrasse in Thun ist noch bis November für Autos und Busse komplett gesperrt. Foto: Michael Gurtner

Gabriel Berger

Wegen einer umfangreichen Sanierung ist die Seestrasse in Thun noch bis November für den Durchgangsverkehr gesperrt. Sogar den Bussen ist die Durchfahrt verwehrt; einzig der Fussverkehr und Velofahrende können die wichtige Achse von und zum Bahnhof passieren.

Die Stadtratsfraktion der Grünen findet, dass der Status quo nach Abschluss der Bauarbeiten gleich beibehalten werden kann. Sie hat deshalb im Januar ein Postulat eingereicht, das vom Gemeinderat verlangt, auf der ganzen Seestrasse die Einführung von Tempo 30 und Zubringerdienst zu prüfen. Aktuell gilt Tempo 30 lediglich auf einem Abschnitt nahe dem Bahnhof. Am Donnerstagabend ist der Vorstoss nun im Parlament behandelt worden.

Monitoring während zweier Jahre

Beim Gemeinderat ist die Idee durchaus auf fruchtbaren Boden gefallen – wenn auch mit Einschränkungen. Seit längerem stehe eine teilweise oder vollständige Sperrung der Strasse «zur Verbesserung der Verkehrssituation im Raum Bahnhof» zur Diskussion, schreibt die Regierung in der Vorstossantwort. Auch das Gesamtverkehrskonzept 2035 sehe eine Rückstufung der Seestrasse zur «Quartierstrasse ohne Durchgangsverkehr» vor.

Der Gemeinderat will jedoch nichts überstürzen: Er hat ein «umfangreiches Monitoring» in Auftrag gegeben, welches dieses Jahr (mit Baustelle) und nächstes Jahr (ohne Baustelle) Erkenntnisse liefern soll, wie sich die beiden Varianten aufs Thuner Gesamtverkehrssystem auswirken. Eine vorzeitige Umsetzung der Grünen-Forderung werde daher «zum aktuellen Zeitpunkt nicht unterstützt».

Ratslinke wünscht «mutigeres Vorgehen»

«Wir hätten uns da ein mutigeres Vorgehen gewünscht», sagte Michelle Marbach (Grüne) eingangs der Debatte. «Aus unserer Sicht ist der zweite Teil des Monitorings im nächsten Jahr nicht nötig.» Bereits jetzt zeige sich etwa, dass die Busse der STI trotz der Seestrassesperrung auf der Frutigenstrasse nicht spürbar von Verspätungen betroffen seien.

Manon Jaccard (SP) unterstützte ihre Vorrednerin: «Das Queren für den Fussverkehr im Raum Bahnhof ist schon viel entspannter geworden. Es ist schade, dass nicht rascher gehandelt werden soll.» Auch Jonas Baumann (EVP/GLP/EDU) zeigte sich überzeugt, dass Staus und Behinderungen beim Bahnhof mit einem Zubringerdienstregime weniger würden. «Und Tempo 30 könnte sowieso unabhängig von Monitorings eingeführt werden.»

Bürgerliche wollen nichts forcieren

Es gab im Parlament indes auch kritische Stimmen zu den Voten aus der Mitte und von links. Die Sicherheit von Velofahrenden und die Entlastung des Bahnhofplatzes seien zwar wichtig, «aber wir brauchen hier smarte Lösungen», sagte Lara Müller (Die Mitte/FDP). Als Beispiel nannte sie temporäres Tempo 30. Es gelte nun, zuerst die Resultate des Monitorings abzuwarten.

«Das Anliegen des Postulats können wir nur schwer nachvollziehen», hielt Peter Aegerter im Namen der SVP fest. Das Monitoring müsse vollständig erfolgen, und «aus unserer Sicht ist auch das Festhalten am vormaligen Verkehrsregime sinnvoll».

Dem ersten dieser zwei Punkte schloss sich der zuständige Gemeinderat Reto Schertenleib (SVP) an. «Wir halten uns an Pläne und Abmachungen», sagte der Bauvorsteher. Gerade beim Verkehr müsse das grosse Ganze im Auge behalten werden. «Das Monitoring wird helfen, dass wir qualifizierte Aussagen zu Vor- und Nachteilen machen können.»

Am Ende nahm der Stadtrat den Prüfauftrag an – mit 26 zu 10 Stimmen bei einer Enthaltung.

Die schwarze oder rote Brille – und eine «lästige Fliege» im Raum

Thuner Stadtrat: Rechnung 2024 Der positive Rechnungsabschluss 2024 gab im Thuner Stadtrat kaum zu reden. So konnte er sich mit Details beschäftigen.

Ein Pro-Kopf-Nettovermögen von derzeit über 2900 Franken für alle Thunerinnen und Thuner und ein Gewinn von fast 2,7 Millionen Franken in der Rechnung 2024: Allzu viel zu mäkeln gab es ob dieser finanziellen Kennzahlen im Stadtrat nicht. Das Parlament hiess die Jahresrechnung letztlich auch einstimmig gut.

Finanzvorsteherin Andrea de Meuron (Grüne) wies eingangs der Debatte abermals darauf hin, dass die finanzielle Lage der Stadt «nach wie vor verlässlich und stabil ist – und dies in sehr unsicheren Zeiten». Dies sei erfreulich.

Die Gemeinderätin merkte aber auch an, dass «wir knapp an einem Defizit vorbeigeschrammt wären», wenn die Rechnung 2024 bereits auf der neuen Steueranlage von 1,66 statt 1,72 Einheiten basiert hätte. Im vergangenen November hatten sich Thuns Stimmberechtigte an der Urne für den tieferen Satz ausgesprochen, der ab diesem Jahr gilt. Thomas Bieri (SVP) interpretierte die finanzielle Grosswetterlage etwas anders: «Das Ergebnis 2024 zeigt, dass der Entscheid zur Steuersenkung richtig war – und dass sogar mehr möglich gewesen wäre, denn wir haben immer noch Reserven.» Man müsse das Thema jedenfalls im Auge behalten.

Der Thuner Stadtrat beriet am Donnerstagabend unter anderem über die Jahresrechnung 2024. Archivfoto: Barbara Donski

Uneins mit Bieri war Thomas Hiltpold (Grüne). «Ob die nächste Rechnung auch noch schwarz oder doch eher rot wird, muss sich erst noch weisen», hielt er fest. Dass zudem beim baulichen Unterhalt nach wie vor kein höherer Realisierungsgrad erreicht werde, liege sicher an den Ressourcen in der Verwaltung, sei aber halt dennoch unschön. «Dieser Aspekt schwebt seit längerem wie eine lästige Fliege im Raum.»

Weiteren Diskussionsbedarf zur Rechnung hatte der Stadtrat dann nicht mehr. Das war in der Vergangenheit auch schon anders.

Gabriel Berger